

Die Münchner extreme Reche in den Kommunalwahlen 2020

An den Kommunalwahlen am 15. März nahmen in München drei Akteur*innen der extremen Rechten teil. Die „Alternative für Deutschland“, die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ und die „Liste FAIR“ versuchten, sich in Stadtrat und Bezirksausschüssen zu verankern und traten bei den Oberbürgermeisterwahlen an.

AfD

Die AfD intensiviert in den Monaten Februar und März ihren Wahlkampf. Sie stellt mit eigenen und externen Kräften in der gesamten Stadt Wahlplakate auf. Besonders der Kreisverband Süd und der Kreisverband Nord organisieren in ihren Bezirken eine Reihe von Informationsständen. Örtliche Schwerpunkte sind hierbei bekannte (Tierparkstraße, Wettersteinplatz und Münchner Freiheit) aber auch neue Stellen wie das Jobcenter in der Kapuzinerstraße oder der Josephsplatz. Es finden keine Kundgebungen „zur Vorstellung der Kandidat*innen“ statt, wie noch in den vorangegangenen Wahlkämpfen. Außerdem führen die Kreisverbände weiter interne Treffen und Vortragsabende durch, so etwa eine Veranstaltung mit MdB Petr Bystron am 20. Februar.

Ab Mitte Februar ist auch an den Informationsständen das gedruckte Kommunalwahlprogramm verfügbar, darüber hinaus werden Materialien der Bundespartei gegen „Autoverbotspolitik“ und Windräder aus der jüngsten umwelt- und energiepolitischen Kampagne der AfD verteilt. Plakate der Landtags- und Bundestagswahlkampagne, die sich gegen „jeden Extremismus“ richten und für direkte Demokratie aussprechen versuchen an den Ständen von der einschlägigen Ausrichtung der Partei abzulenken.

Das AfD-Standpersonal verhält sich häufig aggressiv gegenüber Widerspruch und Gegenprotest, es fotografiert etwa Menschen ab und geht sie körperlich an. Am 6. März greift eine Person aus dem AfD-Personal an einem Stand am Wettersteinplatz einen Mann an, der sich ablehnend gegen die Partei geäußert hatte. Der Angreifer nimmt den Betroffenen in den Schwitzkasten, hält ihn fest und schlägt ihn.

Am 7. März stößt und bedrängt eine Gruppe um den stellvertretenden Vorsitzenden des KV Nord und Stadtratskandidaten Andreas Reuter Personen, die ihren Unmut über die extrem rechte Agitation an der Münchner Freiheit äußern.

Die Kreisverbände West/Mitte und Ost sind im Wahlkampf weniger involviert als in den vorangegangenen Jahren: Funktionär*innen aus dem Westen unterstützen vor allem Aktionen des KV Nord während der Kreisverband Ost durch Konflikte zwischen den Aktivist*innen gelähmt scheint. Diese Auseinandersetzungen sind durch die Vorstandswahlen im Januar, bei denen der alte Vorstand um Wilfried Biedermann abgewählt wurde, eher stärker geworden als abgeflaut.

Der Stadtratskandidat mit Listenplatz sechs, Jürgen Rössel, ist besonders aktiv und führt mit eigenen Materialien und Personal mehr als ein Dutzend eigene Informationsstände im ganzen Stadtgebiet durch. Er gibt sich als „Tierschützer“ und wirbt für „drei Stimmen für den Tierschutz“.

Eine für Ende März geplante große gemeinsame Kundgebung aller Münchner AfD-Verbände mit Bundessprecher Jörg Meuthen am Stachus fällt aus. Eine geplante „Wahlbeobachtung“ bei der Auszählung der Stimmen führt die AfD sporadisch in einigen Wahllokalen durch.

Im Wahlkampf erhält die AfD auch Unterstützung von extrem rechten Medien-Plattformen wie PI-News. So wirbt der extrem rechte Medien-Aktivist Michael Stürzenberger mit Videointerviews mit MdL Ulrich Henkel und OB-Kandidat Wolfgang Wiehle für sie.

Die Reaktion der Münchner*innen auf die Infostände ist sehr unterschiedlich: Am Wettersteinplatz und am Haderner Stern bewegt sich die AfD etwa erkennbar unter zahlreichen Sympathisant*innen, während an anderer Stelle wie dem Stachus und der Schleißheimerstraße 281 auch Unmut laut wird.

Insgesamt bleibt organisierter Protest gegen den AfD-Wahlkampf 2020 die Ausnahme. Nur bei einer Handvoll Termine wird sie mit Widerspruch konfrontiert, meist kann die Partei ungehindert extrem rechte Stimmungsmache betreiben und ihre Präsenz normalisieren. Die positive Tendenz zu mehr Protest der Landtagswahl 2018 setzt sich in der Kommunalwahl 2020 leider nicht fort.

Die AfD erhält bei den Stadtratswahlen 3,9 Prozent der Stimmen. Bei den Bezirksausschusswahlen erzielt sie in den Bezirken gewohnt unterschiedliche Wahlergebnisse. Diese lassen sich in drei Cluster von schwacher, mittlerer und starker Zustimmung unterteilen:

Niedrigere Ergebnisse:

Altstadt: 0,6 Prozent

Schwabing West: 1,3 Prozent

Ramersdorf-Perlach: 1,3 Prozent

Mittlere Ergebnisse:

Obergiesing: 2,0 Prozent

Untergiesing: 2,3 Prozent

Pasing: 2,4 Prozent

Maxvorstadt: 2,4 Prozent

Neuhausen-Nymphenburg: 2,8 Prozent

Hohe Ergebnisse:

Moosach: 4,1 Prozent

Schwabing-Freimann: 4,3 Prozent

Allach: 4,3 Prozent

Laim: 4,6 Prozent

Thalkirchen: 5,0 Prozent

Feldmoching – Hasenberg: 6,0 Prozent
Milbertshofen-Am Hart: 6,4 Prozent

Die AfD stellt künftig 16 Vertreter*innen in 13 Bezirksausschüssen. In 13 Bezirken gelang ihr der Einzug, in Schwabing-West und der Altstadt verfehlten sie ihn hingegen. In Feldmoching, Milbertshofen und Thalkirchen verfügt sie bald über gleich zwei BA-Abgeordnete.

2,8 Prozent der Münchner Wähler*innen stimmten für Wolfgang Wiehle bei den Oberbürgermeisterwahlen.

Eine eingehende Betrachtung der Wahlergebnisse hinsichtlich Korrelationen zu Faktoren wie Sozialstruktur und Wahlbereitschaft kann erst in der Zukunft erfolgen. Es zeichnen sich mit dem starken Abschneiden der AfD im Münchner Süden und Norden aber Parallelen zu vorangegangenen Wahlgängen und den Wahlkampfaktivitäten der jeweiligen Kreisverbände ab. Auch der vergleichsweise schwache AfD-Wahlkampf im Osten der Stadt passt ins Bild der Ergebnisse.

Kontinuität im Wahlkampf war das arbeitsteilige Vorgehen der AfD mit anderen extrem rechten Akteur*innen. Die Partei verfolgt in München weiter ihre Netzwerkstrategie mit Flügelvertreter*innen wie Benjamin Nolte an Wahlkampfständen, umtriebigen Aktivist*innen in verschiedenen rechten Zusammenhängen wie Brigitte Fischbacher als Wahlkampfmanagerin von Wolfgang Wiehle und rechten Plattformen wie PI-News als Sprachrohren.

Die Wahlergebnisse fallen für die AfD vergleichsweise bescheiden aus und werden auch intern als dürrig betrachtet. Es sind vor allem interne Konflikte, die eine größere Schlagkraft der AfD im Wahlkampf verhinderten. Ein Aufruf eines Teiles der Münchner AfD, die ersten fünf Listenkandidaten für den Stadtrat zu streichen, zeigt Ende März eindrücklich wie tief die Gräben in den Kämpfen um Posten und Einfluss zurzeit sind.

Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive bedeutet dieser Befund aber auch: Das Abschneiden der AfD lag vor allem an einem schwachen Wahlkampf – nicht an der starken demokratischen Gegenwehr! Die Mobilisierung gegen die AfD war nur sehr selten überhaupt vorhanden und erreichte zu keinem Zeitpunkt einen nennenswerten Umfang.

Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA)

Am 5. Februar starten die „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ (BIA) und Pegida München ihre Kundgebungsserie zur Kommunalwahl. Insgesamt finden bis zum 14. März 30 Kundgebungen von Karl Richter und Heinz Meyer statt (abwechselnd Marienplatz, Stachus, Sendlingerstr., PEP, Pasing). Einige weitere fallen u.a. wetterbedingt aus. Von mehreren angemeldeten zusätzlichen Infoständen findet nur einer (mit Renate Werlberger) statt. Während der Kundgebungen finden parallel einige Male Flugblattverteilaktionen in die Briefkästen der näheren Umgebung statt. Bei den Kundgebungen selber hält sich das Publikumsinteresse

zumeist in Grenzen. Die Möglichkeit der Verteilung von BIA/Pegida Infomaterialien vor Ort hängt sehr stark von der Ab- bzw. Anwesenheit von Gegenprotest ab. Richter und Meyer versuchen den Protest, aber auch zufällig vorbeikommende Passant*innen, die ihren Unmut über die BIA ausdrücken, immer wieder mit Strafanzeigen zu überziehen (ca. 25-30 insgesamt), was von der Polizei auch meistens willig vollzogen wird.

Unterstützt werden die beiden Kandidaten Richter und Meyer, außer von der NPD KV München Vorsitzenden Renate Werlberger, von einem halben Dutzend weiterer neonazistischer Aktivist*innen. Bei der Mehrzahl der Kundgebungen werden lediglich Videos mit rassistischen und islamfeindlichen Beiträgen sowie Reportagen des BR oder anderen Sendern gezeigt, die auch in der Zeit der regelmäßigen Pegida-Standkundgebungen bereits präsentiert wurden. Einige wenige Male hält Karl Richter kurze Ansprachen in denen er seine Arbeit als Stadtrat („einzige inländerfreundliche Opposition“) darstellt, gegen die Nichtzulassung von Meyer als OB-Kandidat wütet und im März dann die Corona-Pandemie mit Migration und Geflüchteten verknüpft. Natürlich werden auch die politischen Gegner*innen im Rathaus ebenso beschimpft wie der Gegenprotest.

Das Konzept auf Dauerkundgebungen an wenigen Standorten statt auf mehrere dafür kurze Auftritte in vielen verschiedenen Stadtteilen wie beim letzten Wahlkampf 2014 zu setzen, ist für die Neonazis nicht aufgegangen. Dazu kam dann noch die Konkurrenz seitens der AfD. Die BIA verlor nochmal 2/3 ihrer Stimmen und erreichte mit nur 0,2% (ca. 1100 absolute Stimmen) das schlechteste Ergebnis aller beteiligten Gruppierungen und Parteien und damit kein neues Mandat.

Liste FAIR

Mit „FAIR“ tritt bei der Kommunalwahl zum ersten Mal eine eigene Liste von AKP- und Graue-Wölfe-nahen (Atlas- Ay Yildiz-Listen) Kandidat*innen an. Sie beklagt vor allem die

Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und deren mangelnde Repräsentation in der Kommunalpolitik. Die Wahlkampfaktivitäten bestehen hauptsächlich aus dem Besuch von Geschäften und Einrichtungen migrantischer (mehrheitlich türkischer) Gewerbetreibender und einigen Infoständen am PEP in Neuperlach und in der Goethestr./Ecke Landwehrstr., etliche weitere angemeldete Infostände finden gar nicht statt.

OB-Kandidat*in für die FAIR war Frau Ender-Beyhan Bilgin. Sie war früher für die SPD im BA17 und sitzt als Vertreterin der Atlas Liste im Migrationsbeirat. Des Weiteren fungierte sie als Sprecherin des „Bundes türkischer Vereine“ in dem auch ultranationalistische und islamistische Vereine Mitglied sind.

Politische Forderungen der Liste FAIR waren z.B. ein kommunales Wahlrecht für Alle, Gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft, Kostenlose Kinderbetreuung, Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, eine initiativ angelegte Jugendpolitik mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten

Das ganze Wahlkampfprogramm ist völlig unverdächtig formuliert. Es scheint vor allem um eine Verankerung in den migrantischen Communities gegangen zu sein. Die Beteiligung der Grauen Wölfe Vereine und deren Funktionäre wurde in den öffentlichen Auftritten zu keinem Zeitpunkt klar. Mit 0,4% Stimmanteil verpasste die FAIR einen Sitz im Rathaus allerdings deutlich.